Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 5

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften
Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

das Volk von Paris spontan auf der Straße die Volksfront gegen die Gefahr des Faschismus verwirklicht. Das parlamentarische System Frankreichs hat die Demokratie sogar bei den Volksmassen diskreditiert. Es genügt nicht, von demokratischem Sozialismus zu reden. Demokratische und sozialistische Taten müssen den schönen Sprüchen folgen! Eine Lehre nicht nur für Frankreich.

In *Großbritannien* haben die Kommunalwahlen in England und Wales einen neuen großen Sieg der Labour Party und eine entsprechende Niederlage der Regierungspartei gebracht.

In *Griechenland* haben die Parlamentswahlen einen Sieg der Regierungspartei Karamanlis zu verzeichnen. Die zweitstärkste Partei aber, mit einer gewaltigen Zunahme der Wähler und der Sitze, wurde die Kommunistische Partei, nach einer Wahlkampagne, die sich gegen die Absicht wandte, Atomrampen der NATO in Griechenland zu errichten. *J. H.-D.*

Blick in die Zeitschriften

«*Stoppt den Wirtschaftsrückgang jetzt!*» fordert die «*Freie Gewerkschaftswelt*», das offizielle Organ des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, im Leitartikel von Nr. 93. «Das Recht auf Arbeit ist das grundlegende Ziel der freien Gewerkschaften auf der ganzen Welt», heißt es dort; dann wird den Regierungen vorgeworfen, daß sie zögerten, prompte und wirksame Handlungen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit einzuleiten. Die von den Gewerkschaftsbewegungen der Vereinigten Staaten und Kanada vor Monaten gegebenen Warnungen seien in den Wind geschlagen worden. Die AFL-CIO habe das Eingreifen des Staates auf verschiedenen Gebieten verlangt und besonders die Notwendigkeit der Erhöhung der Kaufkraft betont. Auch in Großbritannien und den Niederlanden hätten die Gewerkschaften in dringenden Appellen sofortige Maßnahmen gefordert.

Der Artikel beschreibt dann eindrücklich die weitreichenden Folgen eines Wirtschaftsrückgangs:

«Zunächst bedeutet Arbeitslosigkeit Mühsal für die unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und ihre Familien. Ihre verminderte Kaufkraft führt zu neuer Arbeitslosigkeit und verbreitet das Unglück innerhalb der ganzen Gemeinschaft. Es ist von der AFL-CIO behauptet worden, daß 25 Prozent der ungeheuer großen Produktionskapazität der USA ungenutzt seien. Solch ein Verzicht auf den bis zum äußersten gehenden Einsatz der industriellen Kapazität bedeutet nicht nur, daß der Lebensstandard innerhalb dieses Landes niedriger ist als nötig, sondern ebenfalls, daß die Nachfrage nach Rohstoffen und anderen vom Ausland gekauften Gütern auf drastische Weise gekürzt wird.

Diese Rückwirkungen lasten besonders schwer auf den industriell minder entwikkelten Ländern, deren Volkswirtschaften zum größten Teil vom Rohstoffexport abhängig sind. Hieraus könne nicht nur Arbeitslosigkeit und eine Senkung des Lebensstandards der an und für sich schon elend genug lebenden Arbeiter entstehen; es können auch in den Ländern, wo Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung schon ernste Probleme dar-

stellen, durch die fallenden Rohstoffpreise und deren sinkende Nachfrage die Probleme der Zahlungsbilanz verschlechtert sowie die Entwicklungsprogramme dieser Länder unterhöhlt werden... Eine anhaltende Depression, die den Lebensstandard der Völker senkt und das wirtschaftliche Wachstum der freien Welt hemmt, kann nur jenen *antidemokratischen* Kräften zum Vorteil gereichen, die durch die Ausbeutung der Armut gewinnen.»

*

«Preise hoch — Löhne stillhalten!» Unter dieser bitter-ironischen Ueberschrift nimmt *Georg Leber*, der Präsident der deutschen IG Bau, Steine, Erden, im *«Grundstein»* Nr. 7 temperamentvoll zur Preis- und Lohnpolitik der deutschen Bundesregierung Stellung. Leber kritisiert u. a. die unsoziale Politik des Bundeswirtschaftsministers und des Ernährungsministers und weist dann darauf hin, daß die *Kosten für die Rüstung* ein weiterer Grund für die «gegenwärtige Schmälerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter» sind. Wörtlich schreibt Georg Leber:

«Wer Kanonen haben will, der kann mit dem gleichen Gelde nicht auch noch Butter kaufen. Und Kanonen sind obendrein noch sehr teuer. Die Meinung darüber, ob Kanonen notwendig sind, ist in unserem Volke nicht einheitlich. Die Frage, ob Rüstung oder nicht, wird auf der politischen Ebene entschieden. In diesem Zusammenhang ist ein ernstes, aber klares Wort nötig. Es geht nicht an, sich am Tage der Wahl für die Rüstung, die zum Programm der jetzigen Regierungsparteien gehört, zu entscheiden und nachher von den Gewerkschaften zu verlangen, daß sie verhindern, daß man selbst auch zur Bezahlung der Rüstung mit herangezogen wird...

Der Bundeswirtschaftsminister hat in München sehr konsequent verlangt, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik den Gürtel enger schnallt. Das, was wir im Augenblick erleben, ist nichts anderes, als daß den Massen des Volkes auf dem Wege über gestrichene Subventionen, damit ersparte Ausgaben des Staates, höhere Preise und im Einvernehmen von Regierung und Unternehmertum zurückgehaltene Lohnentwicklung usw. der Gürtel enger geschnallt wird. Das wirklich Schlimme aber an der ganzen Sache ist nicht allein die Tatsache, daß das so ist, sondern daß... wieder nur in erster Linie die Arbeitnehmer und noch mehr die Rentner usw. betroffen werden.»

Die Preissteigerungen seien, so fährt Leber fort, «so gut wie ausschließlich auf Maßnahmen oder politische Entscheidungen der Bundesregierung zurückzuführen». Die Haltung und die Politik der Gewerkschaften seien an dieser Entwicklung nicht schuld, und deshalb solle man mit den ständigen Vorwürfen ihnen gegenüber aufhören.

*

Eine wirkungsvolle Ergänzung und Bestätigung der Ausführungen Georg Lebers bringt ein Aufsatz, den *Kurt Hirsch* unter dem Titel «Die Rüstung muß bezahlt werden» veröffentlicht (*«Stimme der Gemeinde»*, Darmstadt, Heft 7). Der Verfasser polemisiert sehr wirkungsvoll gegen die Politik des Bundeswirtschaftsministers und konstatiert, «daß es in den letzten zweitausend Jahren noch niemals möglich war, den Völkern gleichzeitig Butter und Kanonen zu bieten.» Abschließend schreibt er dann:

«Zusammenfassend glauben wir feststellen zu dürfen, daß die Wirtschaft und die Währung keineswegs durch die ‚Folgen übergroßer Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung' — wie dies Minister Erhard meinte — gefährdet sind, und keineswegs bedeuten die Wiedergutmachungsleistungen — die 1 Prozent des Gesamthaushaltes betragen — eine Bedrohung der Stabilität der Wirtschaft, sondern es geht vielmehr um die Unsummen der Aufrüstung sowie um die Verteilung der Lasten dieser Unkosten. Es war vorauszusehen, daß dem deutschen Volke die Aufstellung der Bundeswehr und deren projektierte Ausrüstung mit Raketen und atomaren Waffen sehr teuer zu stehen kommen wird.»

Die Frage «*Kann der Mittelbetrieb automatisieren?*» untersucht Prof. Dr. *Hans Bayer*, der Leiter der Dortmunder Sozialakademie, in einer sehr tiefschürfenden Arbeit, die im Aprilheft der «*Gewerkschaftlichen Monatshefte*» erschienen ist. Besonders beachtenswert erscheinen mir die Schlußfolgerungen, zu denen der Autor gelangt:

«Die Strukturwandlungen der Macht, die von der Automatisierung ausgehen, sind in ihrem Einfluß auf die Wirtschaftsverfassung von besonderer Bedeutung ... Im Zuge der Automatisierung wird sich die Selbständigkeit der mittleren und kleineren Unternehmungen nur erhalten lassen, indem sich diese der Auslieferung an die Marktmechanik durch entsprechende Vereinbarung und Planung entziehen. Typisierung, Normung und Spezialisierung setzt solche Planung voraus ...

Auch der stärkste Unternehmungszusammenschluß kann von sich aus nicht auf die Dauer die notwendige Stabilisierung der Aufwärtsentwicklung sichern, wenn diese nicht durch Maßnahmen der Gesamtwirtschaftspolitik gesichert ist.

So wird durch die Automatisierung die Marktwirtschaft kraft innerer Gesetzmäßigkeit durch Planung und Planungsstellen durchsetzt ... Anderseits wird die Planwirtschaft kraft innerer Gesetzmäßigkeiten mit marktwirtschaftlichen Elementen durchsetzt. So bringt die Automatisierung eine institutionelle Annäherung der Systeme der Marktwirtschaft und der Planwirtschaft mit sich.»

*

«*Nicht mitschuldig werden am Atomtod*», überschreibt *Heinz Seeger*, der Vorsitzende der deutschen Holzarbeitergewerkschaft, seinen Leitartikel im Aprilheft der «Holzarbeiterzeitung». Er erklärt es als «einfach unverständlich, daß die Bundesrepublik zu dem Plan, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen, absolut Nein sagt» und betont, daß die atomwaffenfreie Zone «für das geteilte Deutschland bedeutet, daß unser Gebiet frei bleibt von den furchtbaren Vernichtungswaffen und nicht jede Möglichkeit, Deutschland in Frieden und Freiheit wieder zu vereinigen, ausgeschlossen wird». Dann fährt Seeger fort:

«Es gibt keine dümmere Begründung für die Bewaffnung der Bundesrepublik mit Atomwaffen und den Bau von Raketenbasen als die Behauptung, alles sei nötig, um die Freiheit zu schützen. Die, die in der Wasserstoffbombe und in den Raketenbasen eine tödliche Gefahr für das Leben unserer Familien und für die Existenz unserer Heimat sehen, lieben ihre Freiheit nicht weniger als jene, die nur in Raketen und Atomwaffen denken können. Nur halten sie Raketen und Wasserstoffbomben nicht für die geeigneten Mittel, die Freiheit und das Leben eines Volkes zu schützen und zu erhalten.

In der Entscheidung über die Fragen, die das Schicksal unseres Volkes bestimmen, hat der arbeitende Mensch und seine Gewerkschaft das entscheidende Wort zu sprechen ... Gerade von den Gewerkschaften müssen in dieser Entscheidung starke Impulse für den Frieden ausgehen. Dabei dürfen sie sich nicht von den Kreisen einschüchtern lassen, die ihnen das Recht bestreiten, in Entscheidungen über Sein oder Nichtsein unseres Volkes einzugreifen. Die Ziele der Gewerkschaften sind nicht nur ausgerichtet auf die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ihrer Mitglieder und deren Familien. Darüber hinaus sind sie durch ihre Satzungen verpflichtet, alles für die Erhaltung des Friedens und zur Sicherung der Freiheit und der Demokratie zu tun. Soziale und wirtschaftliche Sicherheit kann es in der Welt nur dann geben, wenn Frieden und Freiheit nicht in Gefahr geraten.»

*

In den «*Frankfurter Heften*» (3) setzt sich Professor *Eugen Kogon* erneut mit Nachdruck und überzeugenden Argumenten für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein. Er unterstreicht insbesondere den Zusammenhang zwischen Rapacki-Plan und Wiedervereinigung. Wir müssen uns damit begnügen, einige besonders wichtige Sätze zu zitieren:

«Man wird die Wiedervereinigung allmählich, nur sehr allmählich, in einem umfassenden Kompromiß erreichen oder gar nicht. Es schließt die Verhinderung der Ausweitung eines Atomwaffen-Chaos und Abrüstung ein; sie sind sogar, wie die Dinge sich nun seit Jahren entwickelt haben, die Voraussetzung jeglichen Kompromisses. Und man wird die Verhandlungen über Entspannung und Wiedervereinigung nicht gleichschalten können... Die Alternative ist: Keine Wiedervereinigung und Steigerung der Existenzgefahr.»

Walter Fabian

Literatur

Friedrich Stampfers Lebenserinnerungen

Knapp vor seinem Tode im Dezember 1957 hat der 83jährige Friedrich Stampfer seine Lebenserinnerungen vollendet (Friedrich Stampfer, «*Erfahrungen und Erkenntnisse*», Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957, Verlag für Politik und Wirtschaft, Preis 12 DM), die einen Rückblick auf mehr als sechzig Jahre politischer und publizistischer Tätigkeit erst in der österreichischen und dann in der deutschen Arbeiterbewegung darstellen. Auf den Sprößling einer liberalen Brünner Anwaltsfamilie hatte ein Erlebnis, das er als Elfjähriger hatte, entscheidenden Einfluß: er sah, wie die habsburgischen Dragoner in Brünn mit hochgeschwungenen Säbeln auf eine Schar zerlumpter Textilarbeiter einhieben, die gewagt hatten, höhere Löhne zu verlangen. Noch als Gymnasiast war Stampfer Mitarbeiter der sozialistischen Presse und Sprecher in Arbeiterversammlungen, was ihm den Ausschluß aus allen österreichischen Mittelschulen wegen «sozialistischer Umtriebe» eintrug. Nur durch die Intervention eines liberalen Abgeordneten wurde es ihm schließlich ermöglicht, seine Mittelschulstudien zu beenden. Er studierte dann eine Zeitlang in Wien Nationalökonomie, ging aber bald nach Deutschland, wo sich sein Betätigungsdrang in der deutschen Sozialdemokratie voll ausleben konnte. Der österreichischen Sozialdemokratie und ihren Problemen brachte Stampfer, obwohl er die nationale Frage aus nächster Nähe kennengelernt hatte, wenig Verständnis entgegen, und die das alte Österreich betreffenden Kapitel seiner Memoiren enthalten denn auch, da sie aus dem Gedächtnis geschrieben sind, das nach fünfzig oder mehr Jahren leicht trügen kann, eine Reihe sachlicher Irrtümer. In der deutschen Arbeiterbewegung, deren journalistischer Wortführer er bald wurde und der er als Chefredaktor des Zentralorgans «Vorwärts» und als Abgeordneter durch Jahrzehnte diente, fühlte er sich sichtlich wohler, und hier haben seine Erinnerungen an die längst versunkenen Zeiten von August Bebel und Rosa Luxemburg, an die Zeiten des Wilhelmismus und der Wahlrechtskämpfe, den Wert einer Geschichtsquelle. In den inneren Auseinandersetzungen innerhalb der SPD, die durch Jahre zu einer schmerzlichen Spaltung in Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige führten, spielte Stampfer, der stets am äußersten rechten Flügel stand, eine weit größere Rolle, als sein Buch ahnen läßt. Offenkundig wollte er hier alte Wunden nicht überflüssigerweise neu aufreißen, was ihn aber nicht daran hinderte, über Franz Mehring und Rosa Luxemburg manche bittere Worte zu sagen, die wohl mehr subjektive Eindrücke als eine Gesamtwertung bedeutender Persönlichkeiten darstellen. Im Ersten Weltkrieg vertrat Stampfer den Standpunkt der Landesverteidigung, da er sich davon am ehesten einen gerechten Frieden ohne Annexion versprach. Die Frage, ob ein wilhelminisches Deutschland einer solchen Wandlung zum Verzicht auf Eroberungen überhaupt fähig war, scheint er sich